

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Boehringer, Thomas Dietz, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Äthiopien – Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit vom Stopp des Regierungspalast-Bauvorhabens abhängig machen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als viertgrößtes Empfängerland deutscher bilateraler Zahlungen von Entwicklungshilfe (ODA-Zahlungen) erhielt Äthiopien von Deutschland im Jahr 2020 rund 392,6 Millionen Euro Entwicklungshilfe (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165836/umfrage/empfaengerlaender-deutscher-entwicklungshilfe/>). Auf dem aktuellen Index der menschlichen Entwicklung (HDI) nimmt Äthiopien Rang 175 der 191 gelisteten Staaten ein ([www.bmz.de/de/laender/aethiopien](http://www.bmz.de/de/laender/aethiopien)).

Politische Machtkämpfe haben in der äthiopischen Nordprovinz Tigray einen Krieg entfacht, der zwei Jahre andauerte und in der Region zum Tod von schätzungsweise 600.000 bis 800.000 Menschen führte. Tausende Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt, die medizinische Infrastruktur zerstört und alle Kommunikationswege abgeschnitten. Der Krieg in der Region Tigray wirkt sich gravierend auf den Staatshaushalt und die gesamtwirtschaftliche Lage aus. Die humanitäre Lage hat sich massiv verschlechtert. Aufgrund wiederkehrender Dürren und Überschwemmungen in einzelnen Landesteilen, einer mangelhaften Infrastruktur sowie einer sehr hohen Inflationsrate steht das Land vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen ([www.bmz.de/de/laender/aethiopien](http://www.bmz.de/de/laender/aethiopien)).

Angaben der Bundesregierung zufolge gehen UN-Schätzungen von mehr als 28 Millionen Menschen aus, die in Äthiopien auf humanitäre Hilfe angewiesen sind ([www.bmz.de/de/laender/aethiopien](http://www.bmz.de/de/laender/aethiopien)). Nach Angaben der Welthungerhilfe von Ende Januar 2023 hungern in Äthiopien rund 22 Millionen Menschen. Die Hilfsorganisation stellt fest: „Die humanitäre Lage in Äthiopien war noch nie so kritisch, seitdem die Welthungerhilfe vor 50 Jahren ihre Arbeit am Horn von Afrika aufgenommen hat“ ([www.spiegel.de/ausland/aethiopien-mehr-als-22-millionen-menschen-leiden-hunger-a-ff45c957-ffbb-429f-b729-f7609ece74e0](http://www.spiegel.de/ausland/aethiopien-mehr-als-22-millionen-menschen-leiden-hunger-a-ff45c957-ffbb-429f-b729-f7609ece74e0)).

In einer Pressemitteilung hat das UN-Welternährungsprogramm (WFP) die Entwendung humanitärer Nahrungsmittellieferungen in Äthiopien gemeldet. Nach eigenen Angaben hat das WFP die Verteilung von Nahrungsmitteln in der betroffenen Region

unterbrochen und wird sie erst wieder aufnehmen, wenn sichergestellt ist, dass die lebenswichtige Hilfe die Menschen erreicht, für die sie bestimmt ist (<https://de.wfp.org/news/wfp-statement-diebstahl-ernaehrungshilfe-aethiopien-0>).

Dennoch lässt sich Äthiopiens Ministerpräsident Abiy Ahmed Ali in den Hügeln oberhalb der Hauptstadt Addis Abeba auf einem Gelände von 503 Hektar einen mindestens 10 Milliarden US-Dollar teuren Regierungspalast bauen, der größer ist als Windsor Castle, das Weiße Haus, der Kreml und Chinas Verbotene Stadt zusammen. Zum Projekt gehören drei künstliche Seen, ein Wasserfall, eine Seilbahn, ein Zoo und Luxusvillen ([www.nzz.ch/international/aethiopien-abiy-ahmed-laesst-milliardenteuren-palast-bauen-ld.1746292](http://www.nzz.ch/international/aethiopien-abiy-ahmed-laesst-milliardenteuren-palast-bauen-ld.1746292)).

Angesichts der erheblichen Widersprüche zwischen den sozioökonomischen Herausforderungen Äthiopiens und dem Plan des äthiopischen Ministerpräsidenten Abiy Ahmed Ali, diesen Luxusregierungspalast bauen zu lassen, würden weitere Entwicklungsleistungen an die äthiopische Regierung einer Duldung der schlechten Regierungsführung gleichkommen. Die Zahlungen sind daher einzustellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. laufende Projekte ausgenommen, deutsche Entwicklungsleistungen für Äthiopien sofort und vollständig auszusetzen;
2. dafür Sorge zu tragen, dass den Binnenflüchtlingen und anderen Kriegsoptionen in Äthiopien humanitäre Hilfe geleistet wird;
3. die etwaige Wiederaufnahme deutscher Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien vom Stopp des Regierungspalast-Bauvorhabens sowie den bilateralen wirtschaftlichen Interessen abhängig zu machen;
4. die Europäische Union aufzufordern, im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien auf diese Ziele hinzuwirken.

Berlin, den 6. November 2023

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## **Begründung**

Im November 2020 begann ein Krieg zwischen der äthiopischen Bundesregierung und der Regionalregierung der nördlichen Provinz Tigray. Dieser kostete in den darauffolgenden zwei Jahren schätzungsweise 600.000 bis 800.000 Menschenleben nicht nur durch Kampfhandlungen, sondern auch durch Hunger und das Fehlen medizinischer Versorgung. Seit Ende 2022 schweigen die Waffen, doch meldete die UNO erst kürzlich, dass im Norden Äthiopiens noch immer fast neun Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen seien. Auch Äthiopiens Wirtschaft geht es nicht gut – die größte in Ostafrika, die in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts oft das höchste Wachstum auf dem Kontinent aufwies ([www.apb-tutzing.de/news/2023-04-26/tigray-aethiopien-konflikt-krieg-tpf-bundesregierung-frieden](http://www.apb-tutzing.de/news/2023-04-26/tigray-aethiopien-konflikt-krieg-tpf-bundesregierung-frieden)). Die Währung verliert laufend an Wert, die Inflation liegt bei 35 Prozent. Die Kosten des Wiederaufbaus nach dem Tigray-Krieg könnten sich auf 20 Milliarden Dollar belaufen ([www.nzz.ch/international/aethiopien-abiy-ahmed-laesst-milliardenteuren-palast-bauen-ld.1746292](http://www.nzz.ch/international/aethiopien-abiy-ahmed-laesst-milliardenteuren-palast-bauen-ld.1746292)).

Trotz der katastrophalen humanitären Lage sowie der schlechten sozioökonomischen Situation des Landes, lässt sich Äthiopiens Ministerpräsident Abiy Ahmed auf einem Gelände von 503 Hektaren einen Regierungspalast bauen, der grösser ist als Windsor castle, das Weiße Haus, der Kreml und Chinas Verbotene Stadt zusammen. Nach seinen eigenen Angaben soll das Bauprojekt bis zu 10 Milliarden US-Dollar kosten. Manche rechnen gar

damit, dass das Projekt nahezu 15 Milliarden Dollar kosten könnte (so hoch wie Äthiopiens Staatsbudget). Eigentlich wollte die äthiopische Regierung das Projekt geheim halten. Doch die Dimensionen haben den Plan der Regierung verraten: Zum Projekt gehören auch drei künstliche Seen, ein Wasserfall, eine Seilbahn, ein Zoo und Luxusvillen ([www.nzz.ch/international/aethiopien-abiy-ahmed-laesst-milliardenteuren-palast-bauen-ld.17462-92](http://www.nzz.ch/international/aethiopien-abiy-ahmed-laesst-milliardenteuren-palast-bauen-ld.17462-92)).

Im Jahr 2020 zahlte Deutschland Äthiopien nahezu 400 Millionen Euro Entwicklungshilfe (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165836/umfrage/empfaengerlaender-deutscher-entwicklungshilfe/>). Nach Auffassung der Antragsteller entlarvt der Palast-Plan der äthiopischen Regierung die Illusion von wirksamer deutscher Entwicklungshilfe, denn es ist widersprüchlich und absurd, ein Land zu unterstützen, das reich genug ist, sich einen Luxusregierungspalast zu leisten, der größer und teurer ist als alle vergleichbaren Regierungssitze der Welt. Es wäre verständlich, wenn dieses Bauvorhaben in Bahrain, Brunei, Dubai, Katar, Saudi-Arabien oder einem anderen Land auf der Agenda stünde, das in Öl und Geld schwimmt. Äthiopien aber ist arm.

Ferner würden weitere Zahlungen von Entwicklungshilfe an Äthiopien dem Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ in der Entwicklungszusammenarbeit und dem damit gebundenen Subsidiaritätsprinzip grundsätzlich widersprechen, denn die Fähigkeit der äthiopischen Regierung, einen 10 bis 15 Milliarden US-Dollar teuren Luxuspalast zu finanzieren, zeigt, dass Äthiopien wohl die Voraussetzungen besitzt, die mit der Gewährung von Entwicklungsleistungen verfolgten Zielsetzungen selbst zu erreichen. Es liegt in der Verantwortung des jeweiligen Staates, seine Staatseinnahmen sparsam, wirtschaftlich, gemeinwohlorientiert und entwicklungsfördernd einzusetzen.

Nach Ansicht der Antragsteller besteht das Risiko, dass die Gewährung von Entwicklungsleistungen für Äthiopien zur staatlichen Dysfunktionalität durch Indolenz beitragen könnte. Daher fordern die Antragsteller die Bundesregierung auf, weitere deutsche Entwicklungshilfe-Zahlungen für Äthiopien einzustellen und sich ausschließlich auf das deutsche humanitäre Engagement dort zu konzentrieren: Schluss mit weltweiter Verteilung deutscher Steuergelder.

